



## **OZEANIEN/PAPUA NEUGUINEA - Kirche kritisiert Flüchtlingsabkommen zwischen Australien und Papua Neuguinea**

Port Moresby (Fidesdienst) – Die Kirche in Papua Neuguinea übt Kritik an dem von Australien und Papua Neuguinea unterzeichneten Flüchtlingsabkommen. In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, heißt es: „Die Bischofskonferenz von Papua Neuguinea und der Salomonen ist überrascht von der Ankündigung, dass alle auf dem Seeweg nach Australien kommenden Asylbewerber auf die Insel Manus in Papua Neuguinea untergebracht werden sollen und dass Flüchtlinge, deren Status anerkannt wird in Papua Neuguinea oder anderen Pazifikinseln untergebracht werden sollen.

Die Bischöfe erinnern daran, dass es in Papua Guinea „nicht an Mitgefühl gegenüber Bedürftigen mangelte“, betonen aber auch, dass „das Land in diesem Moment nicht in der Lage ist einen großen Flüchtlingszustrom zu bewältigen und die Versorgung dieser Menschen zu gewährleisten“.

Papua Neuguinea sei „stolz auf den Schutz den die Verfassung allen Menschen garantiert“, doch „ist es deshalb richtig Menschen gegen den eigenen Willen in unser Land zu schicken? Ist es richtig Menschen in Haft unterzubringen, die nie gegen unsere Gesetze verstoßen haben?“

Wie aus einem jüngsten Bericht des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen hervorgeht „entsprechen die Aufenthaltsbedingungen in Manus nicht den Standards der internationalen Schutzbestimmungen“. „Die gegenwärtigen Bedingungen in Manus können große psychische Schäden verursachen“, heißt es in dem Bericht. Deshalb fordern die Bischöfe eine „umfassende Verbesserung der Strukturen und Bedingungen in den Flüchtlingscamps“. Dabei appellieren sie auch an die australische Regierung mit der Bitte um menschlichere Lösungen für Asylsuchende im eigenen Land“.

Nach Ansicht von Pater Philip Gibbs (svd), Sekretär der bischöflichen Kommission für Soziales, „wurde Papua davon überzeugt, dass es sich um eine gerechte Kampagne zur Bekämpfung des Menschenhandels handelt. Doch es entsteht der Verdacht, dass es sich um eine politische Absprache zu Lasten der Asylsuchenden handelt.“ Dabei erinnert er auch daran, dass „Papst Franziskus bei seinem kürzlichen Besuch auf Lampedusa eine gerechte Einstellung aller Christen forderte“ und im Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen von einem notwendigen Kampf gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ sprach. (PA) (Fidesdienst, 23/07/2013)